

Niederschrift über die 5. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Planen und Bauen am 12.05.2010, 17:00 Uhr, Großer Sitzungssaal, Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
stimmberechtigte Mitglieder		
Herr Norbert Frieling	CDU	
Frau Charlotte Ahrendt-Prinz	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Richard Bolwerk	CDU	Vertreter für Michael Quiel
Herr Hans-Theo Büker	Pro Coesfeld	ab 17.20 Uhr, TOP 2 ö. S.
Herr Uwe Kombrink	CDU	
Herr Wilhelm Korth	CDU	
Herr Heinz Kramer	Pro Coesfeld	
Herr Wolfgang Kraska	FDP	bis 20.00 Uhr, TOP 9 ö. S.
Herr Hermann-Josef Peters	Pro Coesfeld	
Herr Thomas Stallmeyer	SPD	bis 19.50 Uhr, TOP 6 ö. S.
Herr Gerrit Tranel	CDU	
Frau Inge Walfort	SPD	bis 19.50 Uhr, TOP 6 ö. S.
beratende Mitglieder		
Herr Klaus Schneider	Aktiv für Coesfeld	
Verwaltung		
Herr Thomas Backes	I. Beigeordneter	bis 19.40 Uhr, TOP 6. ö. S.
Herr Uwe Dickmanns	FBL 70	
Herr Holger Ludorf	FB 60	bis 20.05 Uhr, TOP 13 ö. S.
Herr Ludger Schmitz	FBL 60	
Frau Eike Schwering	FB 60	

Schriftführung: Frau Eike Schwering

Herr Norbert Frieling eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 20:10 Uhr.

Tagesordnung

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- 2 Antrag der SPD-Fraktion: Durchführung des Verkehrsentwicklungsplanes für die nordwestliche Innenstadt
Vorlage: 058/2010
- 3 Beschwerde gemäß § 24 GO - Reduzierung der Verkehrsbelastung in der nordwestlichen Innenstadt
Vorlage: 106/2010
- 4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Ländliche Wege als Projektvorschlag Regionale 2016
Vorlage: 128/2010
- 5 Antrag der CDU-Fraktion zur Reiningstraße
Vorlage: 121/2010
- 6 Verbesserung der ÖPNV-Erschließungsqualität
Vorlage: 004/2010
- 7 Haltepunkt Schulzentrum: Entwurfs- und Genehmigungsplanung - Antrag auf Durchführung eines Verfahrens nach § 18 AEG
Vorlage: 125/2010
- 8 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 73 "Gewerbegebiet Lette - Süd" - städtebaulicher Vertrag
Vorlage: 108/2010
- 9 Sachstand "energetische Sanierung Martin-Luther-Schule"
Vorlage: 117/2010
- 10 Zustimmung zur Leistung einer überplanmäßigen Auszahlung gemäß § 83 GO NRW ("Mensa" Freiherr-vom-Stein-Schule)
Vorlage: 116/2010
- 11 1. Quartalsbericht zum Stand der städtebaulichen Planungen im Rahmen der Prioritätenliste
Vorlage: 118/2010
- 12 Realisierungsstand der Maßnahmen zum I. Quartal 2010
Vorlage: 120/2010
- 13 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- 2 Anfragen

Erledigung der Tagesordnung

TOP 1	Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
-------	---

Herr Backes teilt mit, dass für den Gewerbe- und Industriepark Flamschen der vorzeitige Maßnahmenbeginn genehmigt worden sei. Die Bewilligung der Förderung müsse vom Minister noch unterzeichnet werden. Für den zweiten Teilbereich sei das Zielabweichungsverfahren beantragt. Das Thema „Artenschutz“ sei mit der Unteren Landschaftsbehörde und den Naturschutzverbänden diskutiert worden. Das Protokoll über den letzten Termin am vergangenen Montag werde zurzeit angefertigt.

Herr Schmitz berichtet, dass das Gelände Flamschen derzeit die Anschrift „Flamschen 60“ trage. Da durch die geplanten Ansiedlungen in Zukunft viele Adressen benötigt werden, müssten Straßennamen gefunden werden. Die Verwaltung werde die Fraktionen und den Heimatverein anschreiben. Um eine Entscheidung in der Juli-Sitzung des Rates zu erhalten, bittet er die Fraktionen, die Vorschläge bis Anfang Juli einzureichen.

Herr Schmitz informiert den Ausschuss über die Gruppengespräche mit den Anliegern im Bebauungsplangebiet Nr. 12 „Druffels Feld“. Gewünscht werde eine neue Definition von Baugrenzen statt enger Baulinien im Bereich Akazienweg und eine Zulassung von Dachausbauten im Bereich der Straße „Stadthagen“. Die Grundzüge der Planung müssten erhalten bleiben, so dass keine Verdichtung des Gebietes erfolgen und eine vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes durchgeführt werden könne.

Weiterhin berichtet Herr Schmitz über die Bürgeranhörung im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung im Zuge der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 121/1 "Coesfelder Promenade". Diskutiert wurden insbesondere die geplanten Festsetzungen für Garagen- und Stellplatzanlagen, darüber hinaus habe die Verwaltung weitere Anregungen bekommen, so dass der Offenlegungsbeschluss erst in der nächsten Sitzung gefasst werden könne.

Herr Dickmanns teilt mit, dass der Beschluss des Ausschusses vom 09.12.2009 auf Schaffung einer Abgabemöglichkeit für Gasentladungslampen ab 01.01.2011 mit einem neuen Unternehmer umgesetzt werden könne. Die Abfuhr erfolge einmal monatlich. Der Abfuhrkalender werde entsprechend ergänzt.

Auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden werden die Punkte 2 und 3 zusammen beraten.

TOP 2	Antrag der SPD-Fraktion: Durchführung des Verkehrsentwicklungsplanes für die nordwestliche Innenstadt Vorlage: 058/2010
-------	--

TOP 3	Beschwerde gemäß § 24 GO - Reduzierung der Verkehrsbelastung in der nordwestlichen Innenstadt Vorlage: 106/2010
-------	--

Unter Bezug auf die heutige Berichterstattung in der AZ stellt Herr Backes zunächst klar, dass auch eine provisorische Umsetzung verkehrslenkender Maßnahmen ohne bauliche Eingriffe nicht möglich sei. Außerdem weist er ausdrücklich darauf hin, dass nach umfassenden Erhebungen der Durchgangsverkehr einen Anteil von ca. 30 % ausmache. Bei einer Reduzierung um 50 % ließe sich der verbleibende Anteil nicht ohne eine Mehrbelastung für andere Straßen verlagern.

Zu Beginn der ausführlichen Diskussion erläutert Herr Stallmeyer für die SPD-Fraktion den Antrag. Es sei bewusst auf eine genaue Beschreibung möglicher Sperrungen verzichtet worden. Sinn des Antrages sei, das Thema wieder in die Diskussion zu bringen und ein politisches Signal zu geben, um den Durchgangsverkehr zu vermindern. Der vorliegende VEP zeige verschiedene Varianten auf. Auch kleinere Maßnahmen würden schon etwas bringen. Bereits eine Reduzierung des Durchgangsverkehrs um 10 oder 15 % würde den Anliegern helfen.

Herr Kraska verweist für die FDP-Fraktion und für die Beschwerdeführer auf die extrem hohe Verkehrsbelastung auf nicht entsprechend ausgebauten Straßen. Die Politik sei hier in der Pflicht. Die von den Anliegern geforderte Reduzierung des Durchgangsverkehrs um 50 % sei mit Rücksicht auf andere Beteiligte eine bescheidene Forderung. Es müsse ein konkreter Auftrag an die Verwaltung zur Erarbeitung konkreter Lösungen erfolgen. Die in der Veranstaltung am vergangenen Montag geäußerten Fragen und Anregungen müssten in die Überlegungen einfließen. Der Verwaltung wird ein Schreiben mit den Anregungen und der Bitte um Prüfung übergeben.

Herr Tranel stellt für die CDU-Fraktion heraus, dass der SPD-Antrag einem Antrag des VCD Deutschland aus dem Jahr 2008 entspreche. Provisorische Maßnahmen seien nicht zielführend. Fakt sei, dass Veränderungen die angrenzenden Bürger treffen werden. Die Politik habe sich für eine Lösung entschieden, die die Bürgerschaft nicht akzeptiert habe. Den daraus folgenden Bürgerentscheid müsse der Rat akzeptieren. Es dürften keine Hoffnungen auf eine Reduzierung des Durchgangsverkehrs ohne eine Belastung anderer Straßen geweckt werden. Seine Fraktion könne einem Auftrag an die Verwaltung, auf der Grundlage der mit dem Gutachter erarbeiteten Varianten erneut zu prüfen, zustimmen. Es müsse pragmatisch ohne einen erneuten Aufwand vorgegangen werden. Dies könne aber auch zu einem Ergebnis führen, das den Wünschen der Anlieger am Marienring nicht entspreche.

Herr Peters ist für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. der Auffassung, aus den vorliegenden Untersuchungen des VEP und den verschiedenen Varianten eine Maßnahme aufzugreifen und zur Abstimmung zu stellen. Mit Provisorien würden nur neue Kosten verursacht. Auch müsse die Fertigstellung des Expert-Marktes abgewartet werden. Außerdem könne die Fragestellung nur mit allen Beteiligten geklärt werden. Es sollte in einer kleinen Bürgerversammlung mit Nachbarschafts- und Vereinsvorsitzenden eine zufriedenstellende Lösung erarbeitet werden, die der Politik als Grundlage für eine Entscheidung dienen könne.

Frau Ahrendt-Prinz ist für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Auffassung, dass im VEP aus verschiedenen Varianten die optimalste Lösung gefunden worden sei. Diese Lösung

hätte zu einer Reduzierung des Durchgangsverkehrs geführt. Leider sei diese von den Bürgern nicht akzeptiert worden. Sie sehe keine neue Variante, die zu Veränderungen führen könne. Der Vorschlag aus der Beschwerde sei nicht realisierbar. Es bestehe nur die Möglichkeit, anhand der vorliegenden Unterlagen zu prüfen, welche der Varianten umgesetzt werden könne.

Im weiteren Verlauf der Erörterung zeigt Herr Ludorf die einzelnen Varianten noch einmal auf und erläutert die aktuelle auf einem Kompromiss basierende Beschlusslage. Herr Backes ergänzt, dass der zentrale Ansatzpunkt darin liege, was die Bürgerinnen und Bürger bewegen habe, die erarbeitete Lösung abzulehnen.

Herr Stallmeyer ist für die SPD-Fraktion der Auffassung, dass ein Signal von allen Fraktionen erforderlich sei, um auf der Basis der Varianten 6 a und 6 b zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Hier ist Herr Tranel für die CDU-Fraktion der Meinung, dass das Problem ad hoc nicht gelöst werden könne. Seine Fraktion unterstütze eine Reduzierung des Durchgangsverkehrs. Dies sei ohne eine Verlagerung auf andere Bereich jedoch nicht möglich. Herr Peters schließt sich dieser Auffassung für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. an und fordert den Sprecher der SPD-Fraktion auf, einen konkreten Vorschlag zu machen.

Herr Stallmeyer formuliert für die SPD-Fraktion anschließend folgenden Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der Variante 6 a die Durchführung des Verkehrsentwicklungsplanes weiter zu bearbeiten und das Ergebnis im Ausschuss erneut vorzustellen.

Beschluss:

Es wird beschlossen, die Verkehrsbelastung in der nordwestlichen Innenstadt zu reduzieren und dabei folgende Aspekte zu berücksichtigen:

1. Der Durchgangsverkehr soll spürbar (mindestens um 50%) reduziert werden.
2. Der Verkehr soll nicht in benachbarte Wohnstraßen verdrängt werden.
3. Dennoch soll die nordwestliche Innenstadt nicht von den Verkehrsflüssen abgebunden werden. Nach wie vor sollen alle innerstädtischen Ziele mit dem PKW erreichbar sein.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1 (SPD-Antrag)	9	3	0
Beschluss 2 (Beschwerde)	1	9	2

TOP 4	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Ländliche Wege als Projektvorschlag Regionale 2016 Vorlage: 128/2010
-------	---

Frau Ahrendt-Prinz erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. In der Diskussion unterstützen Herr Tranel für die CDU-Fraktion und Herr Kramer für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. den Antrag. Herr Kramer regt an, Patenschaften zu finden. Auf Nachfrage von Herrn Tranel berichtet Herr Dickmans, dass das Thema bei der letzten Zusammenkunft mit den Ortslandwirten auf die Tagesordnung genommen worden sei. Die Vertreter der Landwirtschaft hätten deutlich erklärt, dass eine punktgenaue Düngung möglich sei. Herr Korth ergänzt, dass Flächen gefunden werden müssen, die eine für die Landwirtschaft kostenneutrale Bearbeitung ermöglichen.

Beschluss:

Es wird beschlossen, das Thema „Ländliche Wege“ als Projektvorschlag in den Prozess der Regionale 2016 aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	11	0	1

TOP 5	Antrag der CDU-Fraktion zur Reiningstraße Vorlage: 121/2010
-------	--

Herr Tranel erweitert für die CDU-Fraktion Punkt 1 des vorliegenden Antrages um die Entfernung der Kübel, Ausweitung und Optimierung des alternierenden Parkens, um den Durchgangsverkehr unattraktiv zu machen und Prüfung, ob die Fahrgeschwindigkeiten zurückgehen. Vorrangiges Ziel sei das Durchfahrverbot aufzuheben.

In der ausführlichen Diskussion ist Herr Büker für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. der Auffassung, dass vorrangiges Problem der Reiningstraße der Durchgangsverkehr sei. Dieser habe in einer Tempo-30-Zone nichts zu suchen.

Herr Stallmeyer weist für die SPD-Fraktion darauf hin, dass wenig Durchgangsverkehr und Tempo 30 das Ziel für die Reiningstraße sein müsse. Die bisherige Testphase sei zu kurz. Die Straße müsse so gestaltet werden, dass sie für den Durchgangsverkehr uninteressant sei. Wenn dieses durch die vorhandene Beschilderung nicht erreicht werden könne, müsse durch Aufpflasterungen und alternierendes Parken für Abhilfe gesorgt werden.

Herr Kraska ist für die FDP-Fraktion der Meinung, dass der vorliegende Antrag inkonsequent sei. Ein Aufheben der Testphase hintertreibe die Politik der CDU-Fraktion und verschwende öffentliche Gelder. Tempo 30 sollte erhalten bleiben. Die Kübel sollten in das alternierende Parken eingebunden werden.

Herr Schneider erinnert daran, dass in der Diskussion über den VEP Einigkeit bestand, dass die Reiningstraße dem Vorbehaltensnetz zuzuordnen sei. Um die rechtlich vorgegebenen Kriterien für eine Ausweisung als Tempo-30-Zone einhalten zu können waren u. a. die Kübel

aufgestellt worden. Um weiter an der Tempo-30-Regelung festhalten zu können, seien entsprechende Einbauten nötig. Insofern sei der CDU-Antrag nicht durchdacht. Auch müsse die Parksituation mit den Betroffenen diskutiert werden.

Herr Peters weist für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. darauf hin, dass die Beschränkungen der Fahrbeziehungen vielfach nicht eingehalten werden. Auch müssten die durch die Zusammenlegung der Kirchengemeinden geänderten Wegebeziehungen berücksichtigt werden. Nach seiner Meinung sei eine erneute Verkehrsuntersuchung erforderlich. Dabei würde sich allerdings ergeben, dass die Tempo-30-Ausweisung nicht mehr zulässig sei.

Frau Ahrendt-Prinz ist hingegen der Auffassung, dass gerade die Vertreter der CDU-Fraktion in der letzten Legislaturperiode Verfechter der Maßnahmen waren. Die Testphase sei noch nicht abgeschlossen. Die Einführung von Tempo 30 sei einhellige Meinung gewesen, die logische Konsequenz daraus die Durchfahrtsperre, um den Verkehr auf die Umgehungsstraße zu leiten. Von einer Aufhebung der getroffenen Maßnahmen sollte abgesehen werden. Hierzu entgegnet Herr Tranel, dass in der CDU-Fraktion ein Umdenkungsprozess eingesetzt habe. Die Situation in der Straße „Wester Esch“ habe gezeigt, dass Tempo 30 auch mit Durchgangsverkehr funktionieren könne. Allerdings müsse nach Ablauf der halbjährlichen Testphase für die Reiningstraße auch über Tempo 30 nachgedacht werden. Die rechts vor links Regelung sollte beibehalten und das alternierende Parken ausgeweitet werden. Die Reiningstraße sei keine klassische Wohnstraße. Es sei spürbar, dass durch die Regelung rechts vor links und das alternierende Parken langsamer gefahren werde. Eine Optimierung der Parkmöglichkeiten werde zu einer weiteren Reduzierung der Geschwindigkeiten ohne Beschränkung einzelner Fahrbeziehung führen.

Auf Nachfrage erläutert Herr Backes, dass „unwesentlicher Durchgangsverkehr“ (Voraussetzung für eine Tempo-30-Zone deutlich unter 50 % liegen müsse. Die Verwaltung gehe von einem Wert von 20 bis 25 % aus, die Verkehrsexperten der Bezirksregierung von 10 %. Der entscheidende Punkt sei, dass lt. Gutachter eine Reduzierung nur durch bauliche Maßnahmen und alternierendes Parken erzielt werden kann. Um zu sicheren Ergebnissen zu kommen sei eine zweite Verkehrsuntersuchung notwendig, um dann zu entscheiden, ob weitere Maßnahmen z. B. in Form von Aufpflasterungen erforderlich werden. Ansonsten müsse für die Reiningstraße eine Geschwindigkeit von 50 km/h zugelassen werden.

Herr Büker weist darauf hin, dass nicht gegen geltendes Recht verstoßen werden könne. Vorrangiges Ziel der Anlieger sei eine Reduzierung der Geschwindigkeit gewesen. Bei Aufhebung der Fahrbeziehungen werde der Durchgangsverkehr zunehmen. Die rechts vor links Regelung allein reiche nicht aus. Eine Verminderung des Durchgangsverkehrs lasse sich nur durch bauliche Maßnahmen erzielen. Eine Optimierung des alternierenden Parkens werde die Durchfahrt ebenfalls unattraktiv machen. Der Vorschlag der CDU-Fraktion gehe nicht weit genug.

Herr Ludorf berichtet, dass derzeit verstärkt Anfragen auf Entfernung von Stellplätzen gestellt werden. Es sei Wunsch der Bürger gewesen, den Verkehr ohne ein ständiges Wechseln der Straßenseiten flüssig zu halten. Auch sei zu bedenken, dass bei einer Zuordnung der Reiningstraße zum Vorbehaltsnetz eine rechts vor links Regelung nicht möglich sei.

Nach weiterer Diskussion lässt der Ausschussvorsitzende über die Beschlussvorschläge der CDU-Fraktion und den Vorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss (1):

Es wird beschlossen, dem folgenden Antrag der CDU-Fraktion zuzustimmen.

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Anschluss an die erste Testphase Tempo 30-Zone Reiningstraße die straßenverkehrsrechtlichen Beschränkungen einzelner Fahrbeziehungen im Kreuzungsbereich Reiningstraße/Haugen Kamp/Oldendorper Weg aufzuheben. Die Kübel sind zu entfernen und das alternierende Parken zu optimieren und auszuweiten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Sportverein nach Möglichkeiten zu suchen, um die Parkprobleme bei Veranstaltungen des Vereins zu lösen.

Beschluss (2):

Der Verwaltung wird empfohlen, im Anschluss an die erste Testphase Tempo 30-Zone Reiningstraße die straßenverkehrsrechtlichen Beschränkungen einzelner Fahrbeziehungen im Kreuzungsbereich Reiningstraße/Haugen Kamp/Oldendorper Weg versuchsweise aufzuheben. In einer weiteren Verkehrsuntersuchung ist die Wirksamkeit der verbleibenden Maßnahmen zur Verringerung des Verkehrsaufkommens nachzuweisen. Die Ergebnisse sind dem Ausschuss vorzulegen, der auf Grundlage dieser Ergebnisse über das weitere Vorgehen beraten wird.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1 (CDU-Antrag)	6	6	0
Beschluss 2 (Vorschlag der Verwaltung)	6	6	0

Damit verbleibt es bei der bisherigen Beschlusslage.

TOP 6	Verbesserung der ÖPNV-Erschließungsqualität Vorlage: 004/2010
-------	--

Anhand einer Powerpointpräsentation stellt Herr Klüppels Ziele eines StadtBus-Systems vor. Er zeigt die heutigen vertakteten Linien- und Regionalverkehre auf. Anschließend erläutert er die untersuchten Szenarien und Merkmale der StadtBus-Linien, stellt dem Ausschuss zwei Varianten für geplante Stadtbus-Verkehre mit den Einzugsbereichen vor und gibt eine Kostenübersicht. Darüber hinaus erläutert er Merkmale eines BürgerBus-Systems. In der Diskussion mit den Ausschussmitgliedern teilt Herr Klüppels auf Nachfragen mit, dass die Freizeitmobilität (abends und nachts) bislang nicht berücksichtigt sei, diese jedoch aufgesattelt werden könne. Die Fahrpreise entsprechen dem Münsterlandtarif mit 1,50 € für die Einzel- und 42,60 € für eine Monatskarte. Der Schülerverkehr bleibe wie bisher bestehen. Das vorgestellte BürgerBus-System laufe unter dem Motto „Bürger fahren für Bürger“. Erforderlich seien 25 bis 30 ehrenamtliche Fahrer.

Den Sprechern der Fraktionen im Ausschuss wird die Verwaltung eine Ausfertigung der ausgedruckten Präsentation zur Verfügung stellen.

TOP 7	Haltepunkt Schulzentrum: Entwurfs- und Genehmigungsplanung - Antrag auf Durchführung eines Verfahrens nach § 18 AEG Vorlage: 125/2010
-------	--

Nach kurzer Diskussion empfiehlt der Ausschuss für Umwelt, Planen Bauen dem Rat:

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt Coesfeld stimmt der aktualisierten Entwurfsplanung zum Bau des Haltepunktes Schulzentrum zu.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die städtischen P+R- und B+R-Anlagen den Antrag nach § 12 ÖPNVG NRW auf Gewährung einer Zuwendung (Förderantrag) auf Grundlage der aktualisierten Planung zu stellen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	10	0	0

TOP 8	1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 73 "Gewerbegebiet Lette - Süd" - städtebaulicher Vertrag Vorlage: 108/2010
-------	--

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des vorliegenden Bebauungsplankonzepts einen städtebaulichen Vertrag mit den Beteiligten abzuschließen und eine Regelung über die Neuordnung der Grundstückssituation zu treffen.

Der Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes wird unter der Voraussetzung des Abschlusses der vertraglichen Regelungen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	9	0	1

TOP 9	Sachstand "energetische Sanierung Martin-Luther-Schule" Vorlage: 117/2010
-------	--

Der Ausschuss nimmt den Bericht ohne Diskussion zur Kenntnis.

TOP 10 Zustimmung zur Leistung einer überplanmäßigen Auszahlung gemäß § 83 GO NRW ("Mensa" Freiherr-vom-Stein-Schule)
Vorlage: 116/2010

Beschlussvorschlag:

Es wird gemäß § 83 GO NRW i.V.m. § 8 der Haushaltssatzung der Stadt Coesfeld für das Haushaltsjahr 2010 beschlossen, der Leistung einer überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 51.500,00 EUR für die Einrichtung des Speise- u. Aufenthaltsbereiches sowie den Einbau einer Aufwärmküche (Mensa) im Gebäude der Freiherr-vom-Stein-Schule (Produkt 70.10 – Zentrales Gebäudemanagement) zuzustimmen. Die Deckung erfolgt durch ersparte Mittel bei den Baumaßnahmen „Mensen“ Schulzentrum, Heriburg-Gymnasium und Fröbelschule.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	9	0	0

TOP 11 1. Quartalsbericht zum Stand der städtebaulichen Planungen im Rahmen der Prioritätenliste
Vorlage: 118/2010

In der kurzen Diskussion regt Herr Tranel für die CDU-Fraktion an, die Martinschule im Sommer in die Vermarktung zu geben.

TOP 12 Realisierungsstand der Maßnahmen zum I. Quartal 2010
Vorlage: 120/2010

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Planung und Bauen nehmen den Bericht zur Kenntnis.

TOP 13 Anfragen

Anfragen werden nicht gestellt.

Norbert Frieling
Vorsitzender

Eike Schwering
Schriftführerin

